

Denkzettel für die Lohnpolitik der UBS

Aktionäre der UBS verschafften ihrem Ärger über die Spitzensaläre Luft.

VON BRUNO SCHLETTI, BASEL

Die gestrige Generalversammlung der UBS stand ganz im Zeichen der hohen Entschädigungen an das Management und die Verwaltungsräte. Erstmals übten nicht nur verärgerte Kleinaktionäre scharfe Kritik. Auch institutionelle Grossanleger zeigten ihren Unmut, indem sie gegen den Verwaltungsrat stimmten. In einer zur Frage über die Lohnpolitik hochstilisierten Abstimmung erreichte der Verwaltungsrat zwar die nötige Zweidrittelmehrheit. Er sah sich aber mit rund 25 Prozent Gegenstimmen konfrontiert.

Der für die Festlegung der Entschädigungen verantwortliche Verwaltungsrat Rolf Meyer verteidigte die UBS-Saläre mit dem Verweis auf neun vergleichbare Konkurrenten. Das 24-Millionen-Salär von Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel liege unter dem Mittelwert dieser Konkurrenten. Dominique Biedermann, Chef der Anlagestiftung Ethos, hielt dem entgegen, dass die UBS-Entschädigungen doppelt so hoch seien wie der Durchschnitt vergleichbarer Banken in Europa.

In seiner Eingangsrede versuchte Ospel, die Aktionäre davon zu überzeugen, dass die UBS die Erwartungen aller Anspruchsgruppen voll erfülle. In der Wirtschaft gehe es zwar um Geld. Die UBS nehme aber ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahr. Ausdrücklich wiederholte Ospel seine bereits früher geäusserte Kritik an FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann, der die hohen Managersaläre als Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft bezeichnet hatte. Ospel wörtlich: «Diese Aussage ist populistisch und unverantwortlich. Dabei bleibe ich.»

Die Verantwortlichen der UBS zeigten sich gestern unempfänglich für Kritik an ihrer Salärstruktur. Ganz wohl scheint es Ospel aber nicht mehr zu sein, nachdem sich in der Abstimmung zur Schaffung von bedingtem Kapital für künftige Optionsprogramme für Mitarbeitende ein Viertel der vertretenen Aktionärsstimmen gegen den Verwaltungsrat gestellt hat. Ospel bedankte sich zwar für das ausge-

sprochene Vertrauen. Er fügte jedoch hinzu, man werde den Einsatz von Mitarbeiteroptionen «schonungsvoll» vornehmen.

Bei aller Kritik an den hohen Entschädigungen bekamen die UBS-Verantwortlichen auch Lob für die erfolgreiche Geschäftspolitik. Die Generalversammlung zeigte aber deutlich, dass der unternehmerische Glanz neben der Salarierungsfrage verblasst.

Kommentar

Ospels verkehrte Welt

VON JUDITH WITTEW

Die Ostertage haben die Aktionäre der Grossbank UBS nicht milde gestimmt. Lautstark kritisierten sie gestern das Salär von UBS-Präsident Marcel Ospel - die fast unvorstellbare Summe von 24 Millionen Franken. Sie argumentierten ähnlich wie Johann Schneider-Ammann. Der FDP-Nationalrat und Unternehmer ist überzeugt, dass solch exzessive Managerlöhne den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Ospel, auch er ein Vertreter des Wirtschaftsestablishments, hat damit offenbar kein Problem. Noch schlimmer: Es fehlt dem bestverdienenden Schweizer Manager gar die Einsicht, dass seine Raffgier am Grundkonsens dieser Gesellschaft nagt. Stattdessen meint er lapidar, dass «hohe Löhne auch ein Zeichen dafür sind, dass die Wirtschaft eines Landes floriert» - und vergisst dabei, dass er schon bei schlechter Konjunkturlage kräftig absahnte.

Einverstanden, Spitzenverdiener wie Marcel Ospel oder Novartis-Chef Daniel Vasella sind in einer schwierigen Situation. Ihre Millionengehälter lassen sich nicht vermitteln. «Geld einstecken und schweigen», raten ihnen deshalb Kommunikationsberater. Der UBS-Präsident aber, verärgert, dass nun selbst bürgerliche Politiker seine Bezüge verurteilen, wettet gegen die Vertreter seiner eigenen Klasse. Sie handelten «populistisch und unverantwortlich», keilt er zurück.

Verkehrte Welt. Die von Ospel verunglimpften Wirtschaftsführer haben durchaus einen Nerv getroffen: Die Zufriedenheit einer Bevölkerung hängt nicht zuletzt von der Einkommensvertei-

lung ab. Wenn die Managergilde immer mehr einstreicht, während die meisten Arbeitnehmenden bestenfalls etwas mehr verdienen, öffnet sich die Lohnschere. Die Ungleichheit steigt.

Wer diese Entwicklung verteidigt, und das noch in der arroganten Art Ospels, löst das Problem nicht. Im Gegenteil: Er verschärft es und gefährdet den sozialen Frieden. Das ist nicht im Sinne der Wirtschaft - und auch nicht im Sinne des UBS-Präsidenten.

Ospel hat die Frage der Verantwortung aufgeworfen. Unverantwortlich handeln aber nicht seine Kritiker. Unverantwortlich handelt er.